33. Jahrgang. Freitag, 21. März. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 18203.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. März. (Privattelegramm.) In Köpenick kam es vorgestern und gestern Abend gelegentlich einer Arbeiterversammlung zu förmlichen Kämpfen zwischen Polizei und Volk, wobei der Gendarm Müller durch einen Schuß aus einem Hause tödtlich verwundet und der Polizist Bienst im Handgemenge schwer verletzt wurde. Die Polizei requirirte schließlich aus Berlin Militär und es sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausreichende Maßregeln getroffen.

Bremen, 21. März. (Privattelegramm.) Dem Senate ist die Nachricht zugegangen, daß der Kaiser am 21. April gelegentlich der Begrüßung des Mittelmeergeschwaders Bremen zu besuchen gedenke.

London, 21. März. (Privattelegramm.) Stanley wird am 5. April hier eintreffen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 21. März.

Der Kaiser an den scheidenden Kanzler.

In unserer heutigen Morgenausgabe sind die officiellen Veröffentlichungen, die der „Reichs-Anzeiger" über die kaiserliche Genehmigung des Rücktritts des Fürsten Bismarck gestern Abend in einem Extrablatt gebracht hat, dem Hauptinhalt nach bereits wiedergegeben. Der Wortlaut der kaiserlichen Schreiben ist folgender:

Mein lieber Fürst!

Mit tiefer Bewegung habe ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Aemtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genöthigt bin, mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten.

Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Aemtern als Reichskanzler, Präsident meines Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht ertheile, daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden.

Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in meinem Leben betrachtet, daß ich Sie bei meinem Regierungsantritt als meinen ersten Berather zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie meinem Hause, meinen Vorfahren und mir gewesen sind, wird mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die ich auch künftig aus voller Ueberzeugung zur Richtschnur meines Handelns zu machen entschlossen bin, alle Zeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwerthig zu belohnen, steht nicht in meiner Macht. Ich muß mir genügen lassen, Sie meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als ein Zeichen dieses Dankes verleihe ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde ich Ihnen mein lebensgroßes Bildniß zugehen lassen.

Gott segne Sie, mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters.

In diesen Gesinnungen bleibe ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer Kaiser und König

Berlin, den 20. März 1890. Wilhelm I. R.

An den Fürsten von Bismarck.

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der Zeiten zu gedenken, in denen Sie, die Sie sich um meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt in schweren Zeiten die für nöthig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee, mit Gottes Hilfe, von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmüthigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan. Und seitdem, bis auf diesen Tag, sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthaten des Friedens zu schaffen. Ich weiß mich eins mit meiner Armee, wenn ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Cavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls und hoffe zu Gott, daß Sie mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen.

Berlin, den 20. März 1890. Wilhelm I. R.

An den General der Cavallerie Fürsten v. Bismarck, à la suite des Kürassier-Regiments v. Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7 und des 2. Garde-Landwehr-Regiments.

Die Entlassung des Fürsten Bismarck durch den Kaiser ist also in den für den gewesenen Kanzler denkbar schmeichelhaftesten Formen geschehen und mit Genugthuung wird es das Volk aufnehmen, wie der Kaiser den greisen Staatsmann ehrt, denn der gegenwärtige Augenblick des Scheidens wird gewiß auch in der Brust des schärfsten Gegners die bitteren Gefühle der Gegnerschaft hinter milderen Empfindungen zurücktreten lassen. Dem Kanzler wird die Würde eines Herzogs von Lauenburg übertragen, von der schon in früheren Jahren zu Zeiten des Kaisers Wilhelm I. öfters verlautete, z. B. bei dem siebzigsten Geburtstage des Reichskanzlers, daß sie ihm verliehen werden sollte; und wenn es unterblieb, so wurde es auf die Weigerung des Fürsten selbst, die Würde anzunehmen, zurückgeführt. Von Ordensverleihungen, die sonst bei Ministerrücktritten üblich sind, konnte hier keine Rede sein, da Bismarcks Brust schon längst die höchsten preußischen Orden schmücken. So in der Ausdehnung von Dankes- und Anerkennungsbeweisen auf diesem Gebiete beschränkt, hat der Kaiser dem Fürsten auch die allerhöchsten militärischen Würden verliehen, die es bei uns giebt, indem er ihn zum Generalobersten der Cavallerie mit dem Range eines Feldmarschalls ernannt hat. Die Armee und das Land wird aus vollem Herzen den Wunsch des dankbaren Monarchen theilen, daß der Feldmarschall-Herzog noch viele Jahre in diesen Ehrenstellungen erhalten bleiben und ihm ein ungetrübtes, durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärtes Alter geschenkt werden möge!

Von ausländischen Stimmen über die Schreiben des Kaisers liegt bereits eine solche aus London in nachstehender Depesche vor:

London, 21. März. (Privattelegramm.) Der „Standard" schreibt, Europa werde mit tiefer Genugthuung die kaiserlichen Rescripte entgegennehmen, worin der Kaiser erklärt, **die friedliche Politik Bismarcks fortsetzen zu wollen.**

*

Ob die Behauptung der **„Nordd. Allg. Ztg."**, daß der Reichskanzler kein Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung sei, wörtlich zu nehmen ist, mag dahingestellt bleiben; die Thatsache, daß die Lösung der Kanzlerkrisis durch **Meinungsverschiedenheiten über die Competenz des Ministerpräsidenten** herbeigeführt worden ist, entspricht, wie unser Berliner ♔-Correspondent schreibt, völlig der Sachlage. Bei den Erörterungen in der Presse wird dabei freilich übersehen, daß es sich nicht um die Aufhebung der Cabinetsordre von 1852, auf welcher der collegialische Charakter des Staatsministeriums beruht, gehandelt hat, sondern um die Wiederherstellung dieses collegialen Verhältnisses. Eine Aenderung desselben wurde, wie erst vor einigen Wochen erörtert wurde, durch den bekannten, allerdings nur kurze Zeit dauernden Rücktritt des Fürsten Bismarck vom preußischen Ministerpräsidium (Ministerium Roon) erzwungen, und seitdem sind die preußischen Staatsminister nominell zwar Collegen, thatsächlich aber Untergebene des preußischen Ministerpräsidenten. Daß Fürst Bismarck nicht geneigt war, diese Stellung jetzt preiszugeben, liegt auf der Hand.

Von dem Augenblicke an, wo ein solches Verlangen an ihn gestellt wurde, mußte man wissen, daß ein Verbleiben des Fürsten Bismarck in seiner Stellung nicht möglich sei.

Alexander Meyer über den neuen Kanzler.

In einer vorgestern Abend abgehaltenen Wählerversammlung im 1. Berliner Wahlkreise warnte Abg. Dr. Meyer davor, dem als Nachfolger des Fürsten Bismarck ausersehenen General v. Caprivi mit Vorurtheil zu begegnen. General v. Caprivi, den Abg. Dr. Meyer als einen alten Schulkameraden bezeichnete, sei zweifellos ein außerordentlich begabter Mann, der sich sicher zu diesem Amte nicht gedrängt habe; er sei ein sehr entschlußfähiger und fester Charakter, ein hochconservativer Mann, aber er werde Gerechtigkeit üben gegen fremde Anschauungen und zur sachlichen Discussion bereit sein.

Ueber die **Stellung Bismarcks zu Caprivi** geht uns am Schlusse der Redaction noch folgende Mittheilung zu:

Berlin, 21. März. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg." sagt: Bismarck habe den neuen Kanzler Caprivi in schwerer Zeit als treu, zuverlässig, als einen Mann von Herz, Geradheit und Entschlossenheit erprobt und werde ihm gerne jederzeit aus der Stille seines Landlebens, so oft er es wünsche, Rath und Unterstützung leihen.

Das Ende der Reichsfeindhetzen.

Das System der inneren Politik, welches eben in Zusammenbrechen begriffen ist, hat diese seine Erfolge nur dadurch zu erringen gewußt, daß es stets einen Theil der Nation gegen den anderen hetzte, ihn in die Minorität zu bringen wußte und für einen Reichsfeind erklärte. Was haben wir nach einander nicht alles für Reichsfeinde gesehen! Es wurden Reichsfeindhetzen veranstaltet gegen die Katholiken, gegen einen Theil der Evangelischen und gegen die Juden, gegen die Fortschrittspartei, gegen das Centrum, gegen die Conservativen, gegen die Socialisten, gegen die Nationalliberalen, gegen die „Manchestermänner", besonders gegen die Mitglieder des Cobdenclubs, gegen die angeblichen Freunde Frankreichs und Englands, gegen die Freisinnigen, gegen die Welfen und gegen die Polen. Um die, gegen welche die Hetze gerade veranstaltet wurde, in die Minorität zu bringen, wurden auch die bedenklichsten Mittel nicht verschmäht, welche dem Vaterlande für die Zukunft die größten Schwierigkeiten bereiten müssen. Die Erfolge waren nie dauernde, sondern nur Augenblickserfolge. Und der Träger dieses Systems war damit zufrieden, indem sein an Auskunftsmitteln fast unerschöpflicher Geist sicher war, beim Eintritt von Schwierigkeiten wieder neue Mittel zu finden, um den Kampf auf ein ihm günstiges Gebiet hinüberzuspielen. Soeben schickte man sich wegen des Socialistengesetzes eine neue Hetze „gegen die Socialdemokratie und ihre Begünstiger" vorzubereiten. Da hat ein mächtigerer Wille Halt geboten. Wir spannen unsere Hoffnungen in Betreff dessen, was die nächste Zeit bringen wird, nicht hoch. Aber Eins erhoffen wir, daß die neue Zeit den Reichsfeindhetzen ein Ende machen wird. Kaiser Wilhelm II. hat gesagt, daß **alle** diejenigen, welche ihm behilflich sein wollen, ihm von Herzen willkommen sind, wer sie auch sind. Das klingt an Kaiser Friedrichs Wort an, daß die Mitglieder **aller** Parteien seinem Herzen **gleich** nahe stehen. Auch die aus der letzten Zeit bekannt gewordenen Thatsachen sprechen dafür, daß die Mitglieder aller Parteien zu gemeinsamer Arbeit für das Vaterland herangerufen werden sollen, daß nicht mehr ein Theil zu Reichsfeinden gestempelt und der andere allein mit dem Stempel der Reichstreue versehen und begünstigt wird.

Das Land hat unter der beständigen Hetze merklich Schaden gelitten, es wird aufathmen, wenn damit ein Ende gemacht wird, wenn alle Parteien, ohne die ein politisches Leben nicht möglich ist, sich wieder als die Kinder einer Mutter fühlen, welche sämmtlich des Vaterlandes Wohl im Auge haben, auch wenn sie über den Weg nicht derselben Meinung sind.

Die Antisemitendebatte,

die gestern **im Abgeordnetenhause** stattfand, verdient ernste Beachtung und wirft namentlich auf den Cultusminister — Herrn Stöcker kennt man ja längst sattsam — ein interessantes Licht. Zunächst entspann sich zwischen den Abgeordneten v. Schenkendorf, Dr. Arendt, Graf, Klose, Schmelzer eine Debatte über die Frage, ob humanistische ob realistische Bildung den Vorzug verdiene. Minister v. Goßler nahm keine Partei, gab jedoch seiner Sympathie für letztere Ausdruck. Dann brachte **Stöcker** in dem sanftesten Tone die Berliner Schulverhältnisse zur Sprache. Er führte den zahlenmäßigen Nachweis, daß in den Gymnasien und höheren Töchterschulen ein großer Procentsatz jüdischer Schüler vorhanden sei, und verlangte für den Staat das Recht, diesen Zustand durch Gründung besonderer jüdischer Schulen zu beseitigen. Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen wies Stöcker auf die Thatsache hin, daß jüdische Großkapitalisten und Rechtsanwalte zu Socialdemokraten geworden sind. Die mit scheinbarer Mäßigung vorgetragenen Aeußerungen Stöckers wurden auf der rechten Seite, bei den Cartellgenossen der Nationalliberalen, fortwährend mit lauten Beifallsrufen begleitet. Von Seiten der Freisinnigen erwiderte zunächst Abg. **Knörcke** in einer kurzen aber energischen Ausführung, in der er Herrn Stöcker unter einem geradezu unerhörten Lärmen und Toben der Rechten des Hauses nachwies, daß sein Vorgehen mit dem Geist der Toleranz des Christenthums in Widerspruch stehe. Auch der Abg. Enneccerus fühlte sich veranlaßt, gegen die Stöcker'schen Ausführungen im Namen seiner Fraction eine scharfe Absage zu richten. Nach kurzer Rede des Abg. Theissing (Centr.) nahm Abg. **Rickert** zu einer nachdrucksvollen Rede das Wort, um einerseits den Herrn Cultusminister darauf aufmerksam zu machen, daß es seine Pflicht sei, bei solchen Angriffen auf einen Theil seiner ihm anvertrauten Schulkinder zu antworten, und um zweitens aufzudecken, daß der Vorschlag Stöckers darauf hinziele, die jüdischen Kinder aus den höheren Schulen zu verdrängen. Großen Eindruck machten verschiedene Aeußerungen Friedrichs des Großen über diesen Gegenstand, welche Abg. Rickert vorführte. Der beste Erfolg der Ausführungen Rickerts war aber der, daß der Herr **Cultusminister** das Wort zu einer Erwiderung nehmen mußte. Mit eleganter Wendung —: „Herr Rickert hat die Rede Stöckers so bekämpft, wie er wünschte, daß sie gehalten wäre" — machte der Herr eine Verbeugung nach rechts und — führte dann unter zahlreichen: Hört! Hört! seiner politischen Freunde eingehend aus, daß das eine sehr schwierige Sache sei! Die Schwierigkeiten, die sich dem Herrn Cultusminister in dieser Frage entgegenstellen, sind aber nur technischer Art; um so mehr muß nachdrücklich noch darauf hingewiesen werden, daß Herr v. Goßler in **Ergänzung der Stöcker'schen** Ausführungen mit Zahlen ein „interessantes Bild" davon gab, wo die Juden in Deutschland wohnen.

Der beste Commentar aber zu dem Tenor der Rede des Cultusministers waren die Worte Stöckers, mit denen der befriedigte Hofprediger seine zweite Rede einleitete und welche lauteten:

„Der Herr Minister hat mir die Antwort auf die Frage des Herrn Rickert, zu welchem Zwecke ich meine Rede gehalten habe, eigentlich erspart."

Das genügt wohl!

Militärische Reformen.

„Eine Aera der Reform nicht am wenigsten auf dem militärischen Gebiete" soll nach der Annahme der „Nat.-Ztg." die Ernennung Caprivis zum Reichskanzler bedeuten. Es sei Grund zu der Annahme, daß eine gründliche Reform des Militärgerichtsverfahrens in Gang kommen werde; die Frage, ob als Ausgleich für nothwendige weitere Forderungen für militärische Zwecke (Feldartillerie) eine Verkürzung der Dienstzeit möglich ist, dürfte z. Z. den Kaiser und die Heeresleitung, vielleicht auch die jetzigen Berathungen der commandirenden Generäle beschäftigen u. s. w. Daß die Nationalliberalen im Cartell die Vertretung aller dieser alten Forderungen der liberalen Partei den Freisinnigen allein überlassen haben, kann auch die „Nat.-Ztg." **nicht in Abrede stellen**, sie sucht aber das Verhalten der Nationalliberalen damit zu rechtfertigen, daß Reformen dieser Art nur aus dem freien Ermessen der höchsten militärischen Sachkenner hervorgehen, unter keinen Umständen **aber** erzwungen werden dürften. Mit dieser Ausrede wird das Organ der Cartellliberalen nicht weit kommen. Daß auch von der Aufhebung des Septennats die Rede ist, verschweigt die „Nat.-Ztg.". Das würde das Verhalten ihrer Freunde im Januar 1887, wo der Weltfriede von der Bewilligung des Septennats abhing, erst in das rechte Licht stellen. Für das weitere Reformprogramm sind übrigens schon recht hübsche Vorbereitungen getroffen. Man denke nur an den Wegfall des Socialistengesetzes, Aufhebung des Welfenfonds u. s. w.

„Enthüllungen" von der Arbeiterschutzconferenz bringt eine Brüsseler Meldung der „Post" wie folgt:

Gustave Simon, der Sohn Jules Simons, schreibt dem „Matin" aus Berlin: „Man hat davon gesprochen, daß die Entwaffnungsfrage auf der Conferenz von einer auswärtigen Delegation aufgeworfen werden wird. Ich bin von vornherein sicher, daß diese Frage nicht discutirt werden wird, denn sie paßt nicht in das bekannte Programm und würde gegen die getroffenen Vereinbarungen verstoßen." Trotz dieses Schlußsatzes ruft dieser Brief in Paris Erregung hervor, zumal zugleich die Demission des Arbeiter-Delegirten Delahaye bekannt wurde, der in vollster Uneinigkeit mit seinen französischen Collegen unter Protest wider die unerwartete Wendung der Unterhandlungen der Conferenz Berlin verlasse. Gemeldet wird, Delahaye habe nach dem „Matin" und dem „Gaulois" im Widerspruche mit seinen Collegen Erklärungen namens der französischen Arbeiter abgeben wollen und angesichts des Widerspruchs demissionirt, dann auf Zureden Simons und Tolains nachgegeben, sich aber gleich danach wieder in principiellem Widerspruch mit den französischen Collegen befunden und seine Demission eingereicht, sich auch geweigert, am Gastmahl im königl. Schlosse theilzunehmen. Der Eindruck in Paris ist überaus peinlich.

Bezüglich der Affäre Delahaye bemerkt dazu unser Berliner ♔-Correspondent:

Im großen und ganzen ist die Erklärung nicht unrichtig, wenn auch etwas übertrieben. Nur in einem Punkte bedarf sie einer Ergänzung bez. Berichtigung, indem Hr. Delahaye auf die Niederlegung seines Mandats verzichtet und ruhig Mitglied der Arbeiterschutzconferenz bleibt. Ob der ganze Vorgang sich in der Plenarsitzung der Commission abgespielt hat, oder in dem Ausschuß für Frauen- und Kinderarbeit, welchem Hr. Delahaye angehört, ist nicht authentisch bekannt. Auffallend ist unter allen Umständen, daß der Beschluß dieser Commission, für die Kinderarbeit das Minimalalter von 12 Jahren anzunehmen, für die Mehrzahl der an der Conferenz betheiligten Staaten einen Fortschritt überhaupt nicht bedeutet, für die Schweiz sogar einen erheblichen Rückschritt. Auch der Reichstag wollte bekanntlich die Grenze auf 13 Jahre erhöhen.

Uebrigens ist die Affäre Delahaye gestern auch in dem französischen Ministerrathe zur Sprache gebracht worden. Der Minister des Aeußern Ribot erklärte dabei, er habe keinerlei Mittheilung bezüglich der von den Blättern gemeldeten Demission des Delegirten bei der Berliner Conferenz Delahaye und von dessen Fernbleiben vom Diner bei Sr. Majestät dem Kaiser erhalten.

Internationale Rechtsbildung beim Patentschutz.

Eine der interessantesten Neuordnungen in der den Bundesregierungen jüngst zur Begutachtung vorgelegten Novelle zum Patentgesetze ist jedenfalls die Bestimmung über die Behandlung der Ausländer. Das Gesetz vom 25. Mai 1877 behandelt ohne Rücksicht auf die Gesetzgebung anderer Staaten den Ausländer ebenso wie den Inländer. Die Geltendmachung des Anspruches auf die Ertheilung eines Patents und der Rechte aus dem letzteren ist nur an die formale Bedingung geknüpft, daß der Ausländer in Deutschland einen Vertreter bestellt hat. Dieser Weg der unbedingten gleichen Behandlung ist in der Novelle verlassen, es ist vielmehr die Möglichkeit geschaffen worden, daß Deutschland in Zukunft bei anderen Staaten die Forderung gegenseitig gleicher Behandlung erheben und bei Nichtbewilligung seiner Forderung die Angehörigen des betreffenden Staates von der bisherigen allgemein giltigen Vergünstigung ausnehmen kann. Diese Aenderung ist, wie aus den der Veröffentlichung der Novelle beigegebenen Erläuterungen hervorgeht, auch aus dem Grunde vorgenommen, um zur Beseitigung der gegenwärtig auf dem internationalen Patentgebiete bestehenden Gegensätze beizutragen. Diese Gegensätze aus der Welt zu schaffen, hat man schon vielfach versucht und man hat bereits des öfteren die Schaffung eines internationalen Patentrechts angeregt. Nachdem der Pariser Privatcongreß vom Jahre 1878 sich mit dieser Frage beschäftigt hatte, machte die französische Regierung im Jahre 1880 sogar den noch weitergehenden Vorschlag zur Bildung eines allgemeinen Verbandes für Industrieschutz nach Art des Weltpostvereins. Innerhalb desselben sollte die Anmeldung eines Patentgesuches in einem Staate die Priorität der Anmeldung in allen übrigen Staaten begründen. Diese Anregungen sind nicht zur Verwirklichung gediehen, sie sind auch bis heute nur Anregungen geblieben. Dagegen gelangte man in allen Ländern, welche den Patentschutz gesetzlich regelten, zu der Ueberzeugung, daß es durchführbar wäre, wenn dem Erfinder die Erwerbung des Patentschutzes nach übereinstimmenden Grundsätzen und unter gleichmäßigen Bedingungen gestattet würde. Dazu ist denn auch die Gesetzgebung aller Länder übergegangen, indem überall bestimmt wurde, daß Ausländer gleich den Inländern zur Erwerbung von Erfindungspatenten zugelassen werden. Fast sämmtliche europäische Staaten haben diesem Grundsatze in den betreffenden Gesetzen Rechnung getragen, auch die noch vor wenigen Jahren zu einem Patentgesetze

gelangte Schweiz. Nur Holland kennt überhaupt keinen gesetzlichen Patentschutz und deshalb auch nicht eine ähnliche Bestimmung.

Wenn Deutschland nunmehr sich ein Mittel verschaffen will, um jedem Staate, der es anders als einen dritten Staat zu behandeln versucht, entgegentreten zu können, so sichert es jedenfalls die bisherige internationale Uebereinstimmung nach dieser Richtung. Es wird damit eine Praxis in das Patentrecht übergeführt, wie sie auf dem Gebiete der Handelsverträge schon längst sich vorgefunden und bewährt hat, und die Erläuterungen zur Novelle befinden sich auf durchaus richtigem Wege, wenn sie der Vermuthung und Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Abänderung unseres Patentgesetzes den Bestrebungen für eine internationale Rechtsbildung des Patentschutzes zu Gute kommen wird.

Dr. Peters' Expedition.

Aus einem jüngst von Herrn O. Borchert an den geschäftsführenden Ausschuß des Emin Pascha-Comités gerichteten Brief geht aufs neue, wie der „Hann. Cour." constatirt, die Grundlosigkeit der über eine Katastrophe der deutschen Emin Pascha-Expedition verbreitet gewesenen Gerüchte hervor. Der angebliche Tod des Dr. Peters wurde in Deutschland am 6. November v. J. gemeldet. Dagegen geht aus dem Berichte Borcherts hervor, daß Dr. Peters und Lieutenant v. Tiedemann in völliger Gesundheit zwischen dem 10. und 15. Nov. mit ihrer kleinen, aber wohl ausgerüsteten Expedition den Oberlauf des Tana verlassen und sich zunächst nach dem Baringo-See gewandt haben. Von den Massais, mit denen sie einen Vertrag schließen, werden sie sicherlich (sagen wir besser „hoffentlich", denn die Massais sind bekanntlich die bösartigsten aller Ostafrikaner) unbehelligt geblieben sein, zumal europäische Reisende im Massailande und in der Gegend des Baringo-Sees keineswegs eine neue Erscheinung sind. Es ist demnach anzunehmen, daß Dr. Peters im gegenwärtigen Augenblick bereits am Nordufer des Victoria Nyanza und damit in Gegenden angelangt ist, wo ihn Kunde von den Umwälzungen im Reiche Emins und in Uganda erreichen mußte.

Initiative des Papstes zur Abrüstung.

Der römische Correspondent des „Newyork Herald" berichtet von einer Unterredung mit dem Papst und behauptet, er sei zu der Erklärung autorisirt, Leo XIII. sei bereit, die Initiative zur Vermittelung behufs einer allgemeinen Abrüstung in Europa zu ergreifen. Der Papst habe sich hierüber sehr klar ausgesprochen. Die ungeheuren Rüstungen des alten Europas erschöpften alle Reichthümer desselben, seien die Ursache großer Leiden der Volksmassen und stellten eine antichristliche Thatsache dar. — Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt freilich erst abzuwarten.

Der englische Bergarbeiterstrike beendet.

Die Conferenz der Grubenbesitzer mit den Delegirten der ausständigen Grubenarbeiter hat gestern in Westminster stattgefunden. In derselben wurde **eine Einigung erzielt.** Die Grubenbesitzer boten, wie hierüber aus London telegraphirt wird, den Delegirten eine Lohnerhöhung von 5 Procent jetzt und eine gleiche Lohnerhöhung am 1. August an. Die Delegirten nahmen diesen Vorschlag an und **es wird die Arbeit nunmehr sofort wieder aufgenommen werden.**

Conservative Parteiversammlung in England.

Unter dem Vorsitze des Premierministers Salisbury fand gestern in London im Carlton-Club eine zahlreich besuchte Versammlung der conservativen Partei statt, in welcher Salisbury die Gerüchte von einer Auflösung des Parlaments als gänzlich unbegründet bezeichnete und die Organisation der Partei im Hinblick auf die nächsten Wahlen empfahl. Sir Randolph Churchill wohnte der Versammlung nicht bei.

Die parlamentarische Lage in Ungarn nach Tiszas Rücktritt.

Wenn die Bedeutung, welche Tisza im politischen Leben Ungarns besaß, noch eines Beweises bedurft hätte, wäre er durch die sichtbar zu Tage tretende Thatsache erbracht, daß der Rücktritt des bisherigen Ministerpräsidenten viel eher die Opposition in Verwirrung versetzt und in eine unbehagliche Lage gebracht hat, als die Regierungspartei. Die Opposition wurde — schreibt man der „Pol. Corr." aus Pest — dessen inne, daß die Schöpfungen Tiszas auf dem Gebiete der ungarischen Politik und innerhalb seiner Partei durchaus nicht so vergänglicher Natur sind, um mit dem Scheiden ihres Urhebers aus seiner leitenden Stellung zu zerfallen oder auch nur aus dem Vordergrunde zurückgedrängt zu werden. Daß der Rücktritt Tiszas keine Spaltung der liberalen Partei und keine Erschütterung der bisherigen Formen ihres Bestandes bedeutet, erhellt am überzeugendsten daraus, daß der gewesene Ministerpräsident sich nicht in einen Frondeur verwandelt, sondern sich als aufrichtiger Freund der Regierung dem Rahmen der liberalen Partei als einfacher Abgeordneter eingefügt und überdies die förmliche Verpflichtung erstellt hat, er werde sich durch keinerlei persönliche Einwirkungen und durch keinerlei Umstände zu einer Aenderung der nun von ihm eingenommenen Haltung bestimmen lassen.

Die Ankündigung, mit welcher das Cabinet Szapary sich im Abgeordnetenhause einführte, hat einen völlig befriedigenden Eindruck gemacht. Die Partei des Grafen Apponyi, welche gegenüber dem neuen Ministerium nicht aus sachlicher Gegnerschaft, sondern nur wegen des bisherigen Gegensatzes zu dem liberalen Cabinet und in Folge gewisser allgemeiner, unbestimmter Besorgnisse in der oppositionellen Stellung verharrt oder doch diese Stellung durch die eben erwähnten Umstände zu rechtfertigen sucht, wird schon in nächster Zeit durch den Gang der parlamentarischen Verhandlungen gezwungen werden, offen Farbe zu bekennen und namentlich gegenüber der äußersten Linken eine klare, unzweideutige Haltung einzunehmen. Zieht man das bisherige Verhältniß zwischen der gemäßigten Opposition und der äußersten Linken in Betracht, so wird man die nächsten Gestaltungen im parlamentarischen Leben Ungarns mit Spannung entgegensehen. Die Regierungspartei kann durch die bevorstehende Entwickelung der Dinge in ihrer ruhigen Thätigkeit nicht gestört werden, denn ihre Stellung ist eine völlig klare, und sie steht nicht vor der Nothwendigkeit, sich erst zu orientiren und danach Entscheidungen zu treffen.

In der französischen Deputirtenkammer

beantragte gestern der Abgeordnete Turrel (Protectionist), die Regierung betreffs des **französisch-türkischen Handelsvertrages** zu interpelliren. Deloncle (Freihändler) wünschte die Regierung betreffs der traurigen Lage Frankreichs bezüglich der alten Handelsverträge mit der Pforte zu interpelliren. Die Regierung wird beide Interpellationen am Montag beantworten. — Die Wahlen Naquets und Loreaus wurden ohne Debatte für giltig erklärt.

Der der Regierung nahestehende „Temps" meldet übrigens, daß bezüglich des Handelsvertrages mit der Türkei Verhandlungen eingeleitet worden seien, um die im Vertrage von 1802 enthaltene Meistbegünstigungs-Clausel nur bis 1892 und nicht als perpetuelle aufrecht zu erhalten. Im Falle ein derartiges Uebereinkommen zwischen den Regierungen Frankreichs und der Türkei erzielt werde, würde solches den Kammern vorgelegt werden.

Die russischen Occupationskosten in Bulgarien.

Einer telegraphischen Nachricht aus Sofia vom 20. März zufolge hat der deutsche Generalconsul v. Wangenheim die bulgarische Regierung benachrichtigt, daß die russische Regierung die Rechnung der rückständigen Occupationsraten richtig befunden habe, und ersucht die erstere, den Betrag auf Rechnung der russischen Regierung bei der niederländischen Bank zu deponiren. Der Generalconsul v. Wangenheim wird der bulgarischen Nationalbank Quittung ausstellen. Der Kriegsminister prüft nunmehr den von der russischen Regierung eingesandten Ausweis betreffs gelieferter Waffen und Munitionen.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 20. März.

Die zweite Berathung des Cultusetats wird fortgesetzt bei dem Kapitel: „Höhere Lehranstalten".

Abg. **Seyffardt-Magdeburg** (nat.-lib.): Der Minister hat neulich unter dem Beifall des Hauses entwickelt, daß die lateinlosen Schulen vornehmlich die Gymnasialanstalten zu unterstützen hätten, welche durch das Berechtigungswesen einen unnöthigen Ballast erhielten. Zu unserem Erstaunen sprach er aber kein einziges Wort über die Maßregeln, welche in Bezug auf die weitere Gründung lateinloser Schulen zu ergreifen sind. Der Minister sagte, es seien 33 lateinlose Schulen mehr als im vorigen Jahre gegründet worden. Davon scheiden aber 15 Schulen aus, die als Gewerbeschulen ohnehin lateinlose gewesen sind und unter einem anderen Ministerium geführt wurden. Wenn in diesem Tempo vorgeschritten wird, so werden wir vielleicht in einem Jahrhundert wirklich dahin kommen, daß die Reform durchgeführt ist. Der Minister hat sich dagegen ausgesprochen, daß den Schülern der Realgymnasien alle Facultäten geöffnet würden. Nach meiner Ueberzeugung ist die Lösung der großen Bedürfnißfrage, für unsere im wirthschaftlichen Leben stehenden Gesellschaftsklassen eine eigene Lebensbildung zu erhalten, nur zu lösen durch eine volle Freigebung der Concurrenz zwischen Gymnasium und Realgymnasium. Ich wünsche, daß der Minister unseren Staat mit einer möglichst großen Zahl realistischer lateinloser Schulen ausstatte und die Gleichwerthigkeit der beiden Bildungswege anerkennen möge.

Abg. **v. Schenckendorff** (nat.-lib.): Mit der Tendenz des Vorredners bin ich ganz einverstanden, denke aber über die Zukunft unseres Schulwesens nicht so pessimistisch wie er. Ich meine hier vor allem das erlösende Wort des Kaisers bezüglich der Kadettenschulen, die im Range von Realgymnasien stehen. Der Minister will nunmehr einen neuen Lehrplan für die Gymnasien aufstellen, er will, daß nur diejenigen das Gymnasium besuchen, die es durchmachen wollen, er will auf der Unter- oder Obersecunda ein Ziel finden, wo denjenigen, welche nicht zur Universität gehen, eine abgeschlossene Bildung ermöglicht wird. Dieser Zweck wird aber nur zu erreichen sein, wenn die neueren Sprachen den alten vorausgehen und von da ab, wo die alten Sprachen beginnen, Parallelklassen bis Obersecunda eingeführt werden. Damit würden die Gymnasien von dem heutigen Ballast befreit und für den Mittelstand eine erhebliche Anzahl von Bildungsstätten geschaffen, die heute fehlt.

Abg. **Arendt** (freicons.): Eine Reform des höheren Schulwesens ist durchaus nöthig. In dem Berechtigungswesen für den einjährig-freiwilligen Dienst liegt der Hauptschaden unseres höheren Schulwesens. Diese Berechtigung sollte von der Absolvirung einer vollen 6- oder 7jährigen Schule abhängig gemacht werden. Hauptsächlich sind zu bekämpfen die Ueberfüllung der gelehrten Berufe und der Mangel an Vorbildung für das praktische Leben. Das Monopol der Gymnasien ist zu beseitigen. Die Gymnasien sind heute nicht mehr reine Bildungsschulen für den gelehrten Beruf. Die praktische Vorbildung vieler Berufszweige muß aber auf anderen Grundlagen, als der humanistischen beruhen.

Abg. **Graf** (nat.-lib.) tritt für die Gymnasien ein, die eine Vorschule für die Universität sein sollten. Die Angriffe gegen das Gymnasium seien aber nicht begründet. Eine Verschmelzung des Gymnasiums und Realgymnasiums, also eine Einheitsschule mit Latein sei unausführbar. Zu aber erstreben sei neben den Gymnasien die Vermehrung und Förderung der lateinlosen Realschulen.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) wünscht, daß die Lehrer der höheren Lehranstalten in ihren Einkommensverhältnissen den Richtern erster Instanz gleichgestellt werden. Die politische Unabhängkeit der Lehrer sei auch nicht immer gewahrt.

Abg. **Klose** (Centr.) beklagt, daß die Candidaten des höheren Lehramts zu lange ohne Gehalt auf Anstellung warten müßten. Auch die angestellten Gymnasiallehrer klagten über zu niedriges Gehalt, sowie darüber, daß das Dienstalter bei der Beförderung in eine höhere Gehaltsstufe nicht berücksichtigt werde. Bei der Vorlage über die Aufbesserung der Beamten bitte er, auch die Philologen zu berücksichtigen.

Abg. **Schmelzer** (nat.-lib.): In den höheren Lehranstalten wird von den Fachlehrern das gemeinsame Ziel des Unterrichts aus den Augen gelassen. Es ist verfehlt, die völlige Beherrschung einer alten Sprache erzielen zu wollen. Der grammatikalische und metrische Unterricht muß vereinfacht werden. Andererseits müsse der naturwissenschaftliche Unterricht erweitert werden.

Minister **v. Goßler**: Was die schwierige Ascensionsfrage betrifft, so habe ich zwei Projecte aufgestellt: die Ascension durch die ganze Monarchie und die durch die einzelnen Bezirke der Provinzialschulcollegien. Es hat sich herausgestellt, daß unter 1850 Lehrerstellen nur 116 solche sind, wo ein unverschuldetes Zurückbleiben der Lehrer vorliegt. Die Verhältnisse haben sich aber seit 1885 wesentlich gebessert. Die Zahl der unbeschäftigten Schulamtscandidaten hat sich zu meiner Freude vermindert. Es fällt aber oft schwer, die Candidaten unterzubringen, weil die städtischen Schulverwaltungen die größten Anforderungen an die Qualification der Candidaten stellen. An meinem im vorigen Jahre entwickelten Schulprogramm halte ich unverrückt fest. Mein Ziel ist: Vorsicht bei Gründung neuer Gymnasien und Bevorzugung der lateinlosen Schulen. In dem ungesunden Andrange zu den höheren Lehranstalten ist ein Stillstand eingetreten. 1883 hatten wir 253 Gymnasien, 1889 267. 1883 waren 36 Progymnasien vorhanden, 1882 40. Die Zahl der Schüler betrug 1883 83 472, 1889 nur über 300 mehr, bei der Zunahme der Bevölkerung ein sehr günstiges Resultat. Bei den Realgymnasien ist ein Rückgang von 890 Schülern zu verzeichnen. Die realistischen Bildungsanstalten sind von 49 auf 58 gestiegen, und die Schülerzahl hat sich um 6445 vermehrt. 1883 waren in allen höheren Lehranstalten zusammen 132 414 Schüler, 1889 138 363. Dieses Plus von über 6000 wird aber durch die neuen realistischen Schüler fast gänzlich absorbirt. Die Zahl der Schüler an den höheren Bürgerschulen hat sich in sechs Jahren um 3240 vermehrt. Die Methoden an den Gymnasien werden geändert werden können, wenn das Berechtigungswesen aus den Gymnasien ausscheidet. Was den Religionsunterricht betrifft, so soll an den Schulen nicht Theologie gelehrt werden, aber ohne positive Kenntnisse geht es nicht ab. Die körperliche Entwickelung der Jugend ist mir Herzenssache. Die Turnhallen sollten nur ergänzend eintreten für das Turnen im Freien. Die Zahl der freien Plätze in den Städten müßte vermehrt werden. Görlitz ist ein rühmliches Beispiel, was die freie Thätigkeit der Bürger auch mit bescheideneren Mitteln leisten kann. Die körperliche Ausbildung an den Universitäten ist ziemlich kläglich. Höchstens ein Drittel unserer akademischen Jugend macht irgend eine körperliche Uebung. Mir ist es egal, ob man schlägt, rudert, reitet oder turnt, wenn nur etwas geschieht. In späteren Jahren verliert man dazu alle Lust. Man kann die geistigen Aufgaben nicht erfüllen, wenn der Körper nicht gestählt ist, das ist ein Nationalvermögen, welches nicht angegriffen werden darf. (Beifall.)

Abg. **Stöcker** (cons.): Ich kann mir nicht denken, daß es gelingen wird, die klassische und die realistische Bildung zu verschmelzen. Ohne die Klassiker eine gründliche Bildung zu erlangen ist sehr schwer. Unser ganzes geistiges Leben ist von der Antike durchzogen. Theologie, Jura, Philosophie kann man ohne sie garnicht studiren. Es ist nicht genug, die Religion einfach neben anderen Fächern zu behandeln; dadurch wird die Religion herabgezogen. Das ganze Wissen, das geschichtliche und literarische, muß von der Religion durchdrungen werden, dann wird die Schule etwas leisten können zur Heranbildung des Charakters. Ich wollte aber eigentlich ein Wort sagen in Bezug auf die Ueberlastung der höheren Schulen mit jüdischen Elementen. (Aha! links.) In Berlin sind von den Schülern 1898 jüdische, 6904 evangelische, 278 katholische und 26 dissidentische. In den höheren Klassen ist das jüdische Element im Verhältniß noch stärker vertreten. In dem ungeheuren Procentsatz der Juden liegt die Gefahr. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den höheren Töchterschulen; hier sind 1639 jüdische, 3446 evangelische und 63 katholische Schülerinnen. Der Fall Boretius ist ja bekannt. Aber nicht bekannt ist die Verfügung des Provinzial-Schulcollegiums, in welcher es heißt, daß jetzt noch viele Plätze in den höheren Töchterschulen frei seien. Wenn aber einmal keine Plätze mehr frei sein sollten, dann würde das Provinzial-Schulcollegium erwägen müssen, ob nicht in die Concessionsurkunde die Verpflichtung zur Aufnahme jüdischer Schüler aufzunehmen ist. Ich hoffe, daß das niemals geschehen wird, und bitte den Minister, darüber eine Erklärung abzugeben. Auch in den Volksschulen Berlins ist schon eine große Zahl jüdischer Schüler, so daß es ganz am Platze wäre, besondere jüdische Volksschulen einzurichten. Ebenso liegt es in anderen Städten. Wenn zu der Ueberproduction von Halbgebildeten das jüdische Element ein so großes Contingent stellt, so wird die Gefahr noch größer. Ueber das confessionelle Gebiet will ich nicht reden. (Heiterkeit links.) Die große Zahl der jüdischen Schüler hat zur Folge, daß jüdische Lehrer angestellt werden. (Zuruf links: Schreckliches Unglück!) Wie kann ein Jude die Geschichte so lehren, daß er den Gang Christi durch die Weltgeschichte darlegt? Die jüdischen Schüler und Schülerinnen sind ein aufhaltendes Element für die anderen; es fehlt ihnen eine ganze Menge von Kenntnissen, die den Christen geläufig sind. Das ist ein pädagogischer Nachtheil. In Frankfurt a. M. sind zwei jüdische höhere Schulen begründet, und zwar von den Juden selbst. Warum sollen wir das nicht ebenfalls thun? Die Juden bezahlen ihre Steuern, warum soll der Staat also keine jüdischen Schulen einrichten? Dann könnte der Unterricht aufbauen auf confessioneller Grundlage. Das nichtsglaubende Reformjudenthum ist gefährlicher als das altgläubige Judenthum. (Sehr richtig! rechts.) Aber man sagt: In der Schule müssen die Juden mit deutschem Geiste durchdrungen werden. Die Schule ist dafür nicht der Boden. Daß wir in solchen Procentsätzen Juden in die deutschen Schulen aufnehmen sollen, ist keine Gleichberechtigung, das ist eine Mehrberechtigung. (Zustimmung rechts.) Die Juden haben ja so viel Werth darauf gelegt, eine jüdische Hochschule zu haben, warum sollen sie nicht auch in den unteren Stufen besondere Schulen haben? Es ist eine Gefahr, daß die jüdischen gebildeten Kreise von der Demokratie zur Socialdemokratie übertreten. Die Gleichberechtigung der Juden ist ausgesprochen, viele werden das schon bedauern. Wir müssen die Kräfte zur Bekämpfung der Juden stärken, wir müssen den sittlich-religiösen und deutsch nationalen Geist auf den höheren und niederen Schulen verbreiten und uns ein junges Deutschland heranbilden, welches eintritt für Deutschland bis zum letzten Blutstropfen. (Beifall.) Ich weiß, wie schwer es ist, in der Judenfrage Punkte zu finden, welche zur Behandlung reif sind. Es sind nur zwei Fragen spruchreif: die freie Advokatur und die Frage der Ueberfüllung der höheren Schulen. (Lebh. Beifall rechts.)

Vicepräsident **v. Heereman**: Das Wort hat der Abg. Knörcke. (Große Unruhe und große Heiterkeit rechts.)

Abg. **Knörcke** (freis.): Es ist charakteristisch für Sie da drüben, daß Sie, nachdem Hr. Stöcker in der Weise, wie er es gethan, einen großen Theil unserer Bevölkerung angegriffen hat (Große Unruhe rechts. Rufe: Nein, Nein! Glocke des Präsidenten), solchen Lärm erheben, der gegenüber der Wichtigkeit dieser Sache ganz und gar nicht am Platze ist. Ich wollte nur eine Specialangelegenheit zur Sprache bringen: die Verhältnisse der Zeichenlehrer an den höheren Lehranstalten. (Große Heiterkeit rechts.) Das will ich aber nun nicht thun, sondern Hrn. Stöcker antworten, wie er es verdient. (Lachen rechts.) Wie kann Hr. Stöcker solche Vorwürfe erheben, wenn Eltern bestrebt sind, ihren Kindern eine möglichst hohe Bildung zukommen zu lassen? Wo sollen sie denn hin? (Rufe rechts: In die Judenschulen!) Es ist anzuerkennen, wenn die jüdischen Eltern ihre ganze Kraft einsetzen, um ihre Kinder durch die höheren Schulen gehen zu lassen, damit sie sich ausrüsten können für das Leben und dereinst tüchtige Staatsbürger werden. Worin liegt das Unerträgliche, wenn neben den christlichen Schülern ein gewisser Procentsatz jüdischer sitzt? Das kann ich nicht verstehen. (Rufe rechts: Das glauben wir!) Unsere Lebensanschauungen gehen eben weit auseinander. (Sehr richtig! rechts.) Sie scheinen eine Art Culturkampf gegen unsere jüdischen Mitbürger anfangen zu wollen. Den Wünschen des Abg. Stöcker steht die Verfassung entschieden entgegen. In seiner Rede war nicht eine Spur vom Geiste der christlichen Toleranz. (Sehr richtig! links; Lärm rechts.) Was Herr Stöcker sagte, war alles andere als christliche Liebe und der Geist des Protestantismus. (Sehr richtig! links.) Ein sehr ernster, sittlich gediegener jüdischer Mann, der seine Kinder hat taufen lassen, sagte mir, nach dem Vorgehen Stöckers gegen das Judenthum habe er es hundert Mal bedauert, seine Kinder der evangelischen Kirche zugeführt zu haben. (Lachen rechts.) Es ist nicht angemessen, daß Sie in dieser ernsten und wichtigen Sache eine Art zur Schau tragen, die anders wohin gehört, als in die Volksvertretung. (Lachen rechts. Sehr richtig! links.) Hr. Stöcker sieht keinen anderen Weg zur Gesundung zum Heil unseres Volkslebens, als in seinen Vorschlägen. Wenn aber ein solcher Geist unsere Schulen erfüllte, so würde das zum Unfrieden und zum Unheil unseres Vaterlandes gereichen. (Beifall links.)

Abg. **Enneccerus** (nat.-lib.) wünscht bezüglich der Ascensionsverhältnisse der Lehrer, daß bei Vacanzen keine Lehrer aus anderen Provinzen eingeschoben würden. Bezüglich der Frage, ob humanistische oder Realgymnasien, schließt sich Redner den Ausführungen der Abgg. Graf und Stöcker an. Die Resultate des humanistischen Gymnasiums sind vortreffliche. Die Ausführungen des Abg. Stöcker bedauere ich lebhaft. Seine Vorschläge würden nur den Gegensatz zwischen Juden und Christen in den Kreisen verschärfen, die am meisten zur Pflege der Toleranz berufen sind, in den akademisch gebildeten Kreisen. Ich bin so glücklich, jüdische Collegen zu besitzen, und stelle sie in keiner Beziehung meinen christlichen nach. Wir bekämpfen, was schlecht ist, bei den Juden wie bei Christen, und erkennen auch das Gute bei den Juden an, und etwas Gutes ist ihr Bildungstrieb. Keine Anstalt soll ihnen daher verschlossen sein. (Beifall links.)

Abg. **Sombart** (nat.-lib.): Ich glaube, daß der Vorredner den Standpunkt unserer Partei in der Judenfrage richtig vertreten hat. Ich selbst wollte nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Real-Gymnasien geschädigt worden sind dadurch, daß ihre Berechtigung nicht erweitert worden ist. Es wäre nothwendig, für Realschulen und Gymnasien einen gemeinsamen Unterbau zu schaffen. Die Mittelschulen müßten die Handhabe zur höheren gewerblichen Ausbildung geben und es müßte eine besondere Stelle für den Abschluß der gewerblichen Ausbildung geben.

Abg. **Theissing** (Centr.): In Bezug auf die Ascension könnte ebenso wie bei den Richtern ein besseres System geschaffen werden; vielleicht könnte dadurch geholfen werden, daß den Lehrern Alterszulagen gewährt werden.

Abg. **Rickert**: Auch ich wollte andere Gesichtspunkte bei dieser Verhandlung zur Geltung bringen. Nachdem Abg. Stöcker aber die Debatte auf ein solches Niveau gebracht, haben wir die Pflicht ihm zu antworten und die anderen Dinge zunächst zurückzustellen. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Hetzrede eines evangelischen Geistlichen (Oho! rechts) gegen einen Theil unserer Mitbürger ein würdiges Stück in der parlamentarischen Geschichte unseres Landes ist. Wir kennen Hrn. Stöcker schon von früher her, von jener bekannten Petition her, von der er sich loszusagen versuchte, obwohl er fest daran geknüpft war. Hätte er für sich allein gesprochen, würden wir weniger Notiz davon nehmen, aber wir haben gehört, daß er im Namen der conservativen Partei und in Uebereinstimmung mit ihr so gesprochen. (Ja wohl! rechts.) Sie bestätigen es, das war nicht nöthig, ihr schallendes Bravo kam aus innerster Seele, es war der Ausdruck eines förmlichen Vergnügens daran (Heiterkeit) und es ist verdienstlich, so traurig die Thatsache, daß die Tribüne des Hauses zu solchen Reden gemißbraucht wird (Oho! rechts), es ist gut, daß die innersten Gedanken einer Partei so offen enthüllt werden. Aber selbst wenn Sie solche Ziele haben, sollte doch ein Mann, der den Beruf hat ein Prediger der christlichen Liebe und Toleranz zu sein, sich fragen, was derartige Reden in den Gemüthern der Schüler wirken. Ein praktischer Schulmann in meiner Nähe sagte: er würde sich nicht wundern, wenn die armen jüdischen Kinder danach behandelt würden. Sicherlich nicht, es wäre kein Wunder, wenn die Kinder jener Männer diese Lehren ihren jüdischen Mitschülern gegenüber praktisch verwertheten. Und das nennen Sie christliche Liebe und Toleranz! Ich meine, Herr Stöcker hätte nach dieser Richtung schon Zündstoff genug aufgetragen (Nein! rechts), es war sicherlich nicht nöthig, daß er von dieser Stelle aus die Flamme noch anfacht. Schmerzlich war es mir ferner, daß der Herr Cultusminister, an den die Rede vorzugsweise gerichtet war, nicht ein einziges Wort der Erwiderung hatte. Ich denke über die Pflichten eines preußischen Cultusministers anders. (Aha! rechts.) Soll das den friedlichen Verkehr unter den Schülern verschiedener Confessionen etwa fördern? Ich meine, der Cultusminister soll ein Wächter dieses Friedens sein. Ist der Cultusminister etwa einverstanden nicht der Tendenz und den Zielen dieser Rede? Möge er sich offen darüber erklären; es ist gut, daß uns darüber Aufschluß wird, damit wir Stellung dazu nehmen können. Unerträglich ist ihm, daß so viele jüdische Kinder mit christlichen auf einer Schulbank sitzen. (Ruf: Das ist nicht gesagt!) Was hatte denn die Rede für einen Zweck? Zwei Seelen leben in Ihrer Brust. Sind Sie sonst so sehr gegen das jüdische Element und das jüdische Kapital? (Heiterkeit links.) Wenn es sich darum handelt, einem Junker eine glänzende Laufbahn zu geben durch jüdisches Kapital, dann sind die Juden gut genug, dann führt man sie in die Gesellschaft, dann ist man um sie besorgt. (Sehr richtig! links.) Wenn gewisse jüdische Bankiers die Mittel zu conservativen Zwecken geben, dann ist der Jude ein vortrefflicher Mann. Daß die jüdischen Kinder so viel Bildungsdrang beweisen, ist das ein Vorwurf für sie? Was berechtigt Sie, sie hineinzuzwängen in besondere jüdische Bildungsanstalten? Ist das der Boden der christlichen Freiheit und unserer Verfassung? Haben nicht an der Entwickelung deutscher Geistesthaten unsere jüdischen Mitbürger einen hervorragenden Antheil? Hr. Stöcker wird diesen Antheil nicht auslöschen. Was wäre z. B. Ihre Partei, wenn Sie nicht einen Vorkämpfer gehabt hätte, wie Stahl, der auch von jüdischer Abkunft war? Auf dem Franz. Gymnasium in Berlin sind in der Obersecunda von 32 Schülern 22 jüdischer Confession! Eine entsetzliche Thatsache! Und wer lehrt diese Schüler? Fast durchweg christliche Lehrer. Haben Sie so wenig Vertrauen zu der Werbekraft des „christlich-nationalen" Geistes? Sie müßten sich doch von Ihrem Standpunkt freuen, daß diese Schüler solche Lehrmeister haben. Herr Stöcker klagt die jüdischen Großkapitalisten und Rechtsanwalte an, daß sie die Führer der „Umsturzpartei" sind, als ob das Judenthum der Vorkämpfer der Socialdemokratie wäre. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich — so gehen Sie mit den Thatsachen um! Ist das so? Das wird in den Vordergrund gestellt, um die Kampfeslust gegen unsere jüdischen Mitbürger anzustacheln. Dazu braucht man solche starken Dosen. Nun, wie es Herr Stöcker mit den Thatsachen nimmt, das wissen wir aus seiner Vergangenheit. Er hat uns seine Ziele enthüllt. Mancher, sagt er, mag die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden bedauern, sie ist da. Aber wenigstens die jetzt schon reifen Früchte möchte er pflücken. Aus der freien Advocatur und aus unseren höheren Schulen will er sie herausbringen, das andere wird schon nachfolgen. Aber das Volk wird ihm nicht folgen. Unsere Geschichte zeigt uns andere Wege. Friedrich der Große schrieb einst: „Jesus war ein Jude und wir verbrennen die Juden; Jesus predigte die Toleranz und Duldung und wir verfolgen." Dieser große preußische König zog ein anderes Resultat aus der brandenburgisch-preußischen Geschichte. „Der falsche Eifer" — sagte er in seiner Schlußbetrachtung darüber — „ist ein Tyrann, der die Länder entvölkert, die Toleranz eine zärtliche Mutter, welche sie pflegt und zur Blüthe bringt". Diesen falschen Eifer des Hrn. Stöcker wird das preußische Volk hoffentlich sich nicht zu eigen machen. Soll in solchem Eifer der „sittliche Geist des Christenthums" bestehen? Von solchem engherzigen Confessionalismus Stöcker'scher Richtung wird die Nation sich loszureißen wissen. Wenn die „feste Form christlicher Religion", wie sie Hr. Stöcker will, in solcher Hetze gegen unsere gleichberechtigten jüdischen Mitbürger ihren Ausdruck findet, dann danke ich Ihnen dafür; das ist nicht der sittliche Geist des Christenthums, wie die Geschichte unseres Volkes beweist, er würde dem Volke nicht zum Heil, sondern zum Verderben gereichen. (Bravo! links. Zischen rechts. Bravo! links.)

(Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

St.-C. **Berlin**, 20. März. **Die Conferenzdelegirten** sind von dem ihnen hier zu Theil gewordenen Empfang und den erwiesenen Aufmerksamkeiten sehr erfreut. Zu den bisherigen Empfängen etc. gesellt sich heute nach der Galavorstellung im Opernhause eine große Soirée bei dem Conferenzvorsitzenden, Minister Baron Berlepsch, welcher sich in der kurzen Zeit des Verkehrs mit den Delegirten allgemeine Sympathien zu erwerben verstand. Man giebt sich der Hoffnung

hin, daß auf der Soirée auch der Kaiser erscheinen werde.

* [Die Kaiserin Friedrich] wohnte gestern Vormittag der Prüfung in der Handelsschule des Lettehauses bei. Zum Empfange der hohen Frau, welche vom Kammerherrn v. Wedell begleitet war, hatten sich der Geh. Ober-Regierungs-Rath Schneider, Frau Schepeler-Lette und die Damen des Vorstandes eingefunden. Geprüft wurden 33 Schülerinnen, die demnächst ins praktische Leben treten wollen. Der Prüfung folgte die feierliche Entlassung, bei der die Kaiserin persönlich den Schülerinnen Mandel, Lublinski und Rößler je eine silberne Medaille überreichte. Die Schülerinnen Herzfeld und Mandel II. wurden öffentlich belobt. Nach der Prüfung besichtigte die Kaiserin die in zwei Stockwerken des Hauses untergebrachte Ausstellung der Schülerinnen-Arbeiten und nahm ein in der Seherinnenschule gefertigtes Werk „Von der Wiege bis zur Schule" entgegen. In der Ausstellung fanden namentlich die Kunsthandarbeiten die Anerkennung der hohen Protectorin.

* [Krönungs- und Ordensfest.] Auf Befehl des Kaisers findet die Feier des Krönungs- und Ordensfestes am Sonntag, den 23. d. M., auf dem königlichen Schlosse statt, wozu die Einladungen nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Raumes ergangen sind.

* [Die kaiserlichen Geschenke in Konstantinopel.] Zur Ergänzung der telegraphischen Mittheilung über den jüngsten Empfang des deutschen Botschafters Herrn v. Radowitz und des Hauptmanns v. Plüskow beim Sultan seien noch folgende Einzelheiten mitgetheilt.

Aus der Reihe der ihm von unserem Kaiser übersandten Geschenke, welche fast ausnahmslos den Ausdruck irgend einer persönlichen Beziehung bilden, erregte ein aus dem Besitz der Kaiserin Augusta stammender reich emaillirter Humpen aus Goldbronze die besondere Freude des Großherrn. Diese Widmung hat eine kleine, interessante Geschichte. Als vor einigen Monaten Hr. v. Radowitz die Nachricht von dem Ableben der edlen Frau übermittelte, erzählte ihm der Sultan, wie huldvoll und liebreich sie, die damalige Königin von Preußen, sich ihm gegenüber bewiesen hatte, als er, ein junger sechzehnjähriger Prinz, im Jahre 1867 im Gefolge seines Oheims Sultan Abdul Aziz in Coblenz geweilt habe. Er sei bei der Kaiserin im Zimmer gewesen und habe dort allerlei Schaustücke bewundert, welche auf Tischen und Etageren umherstanden. Die Königin habe ihn darauf gebeten, sich irgend etwas von diesen schönen Dingen zum Andenken an sie auszuwählen, er habe sich indessen gescheut, weil ihm alles zu kostbar erschienen sei. Nur das dringliche Zureden der Königin konnte ihn schließlich bewegen, seine Schüchternheit fallen zu lassen, und er sei eben im Begriffe gewesen, die schwere Wahl vorzunehmen, als der Sultan in das Zimmer trat und damit die Episode ihr Ende erreicht hatte; sie konnte nicht fortgesetzt werden, da die Abreise noch desselben Tages erfolgte. Von damals sei die Erinnerung an die Großmutter des Kaisers in ihm lebendig, und er werde ihr allezeit ein dankbares Andenken bewahren. In seinem Berichte über die Audienz hatte v. Radowitz auch dieser Bemerkungen des Sultans Erwähnung gethan, und als jetzt die Gelegenheit sich bot, gedachte der Kaiser jener die Großmutter ehrenden Gesinnungen, indem er aus dem Nachlaß der hochseligen Kaiserin für den Sultan ein besonders werthvolles Stück auswählen ließ, welches sich nachweislich im Jahre 1867 im Schlosse zu Coblenz befunden hatte. So hocherfreut sich der Sultan auch über alle ihm vom Kaiser gewidmeten Gaben zeigte, so gerührt war er von dieser besonderen Aufmerksamkeit. Die vier mecklenburgischen Pferde, welche Herr v. Plüskow überbrachte, erregten bei ihrer in allen Gangarten erfolgten Vorführung die höchste Bewunderung; derartige Zuchtpferde hatte der Großherr bisher noch nicht gesehen. Mit besonderem Interesse verfolgte der Sultan die Probestücke des Tambourmajors auf einer der von dem Kaiser übersandten 20 Trommeln; auf besonderen Wunsch mußten die Sturm- und Angriffssignale gegeben werden; ein langer, langsam verhallender Trommelwirbel war hier in solcher Vollendung auch noch nicht gehört worden. Hauptmann v. Plüskow und sein militärisches Gefolge, d. h. der Tambourmajor, ein Feldwebel und ein Flügelmann der Leibcompagnie, trugen die sogenannten „historischen Blechmützen", die das Riesenmaß ihrer Leiber noch über das herkömmliche hinausragen ließen. Der Eindruck dieser Enaksöhne war ein so denkwürdiger, daß Se. Majestät die photographische Aufnahme derselben befahl; sie wurden im übrigen mit allen Beweisen des herzlichsten Wohlwollens ausgezeichnet, in denen der Sultan geradezu unerschöpflich ist. Unter den Geschenken des Kaisers befindet sich auch ein großes Augenblicksbild in Oelfarben-Malerei, darstellend das Ueberbringen der neuen Fahnen an die 1. Gardedivision; das Bild trägt eine besondere Widmung des Kaisers. Auch die nächste Familie des Sultans erhielt Beweise der freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers und der Kaiserin; aber auch diese Geschenke tragen fast ausschließlich das Gepräge persönlicher Erinnerung.

* [Unfallversicherungspflichtiger landwirthschaftlicher Betrieb.] Nach einer neuerlichen Entscheidung des Reichs-Versicherungs-Amtes gelten Anstalten, in welchen Deckhengste zum Zwecke der Hebung der Pferdezucht gehalten werden, als landwirthschaftliche Betriebe. Es ist dabei erwogen worden, daß, wenn auch mit derartigen Anstalten eine Aufzucht landwirthschaftlicher Nutzthiere nicht unmittelbar verbunden ist, dieselben doch ihrem ganzen Wesen nach dem Viehhaltungsbetriebe sehr nahe stehen, indem sie lediglich der Förderung der inländischen Pferdezucht und damit in hervorragender Weise den Zwecken der Landwirthschaft dienen. Sowohl wegen des in diesen Betrieben beschäftigten Personals als auch wegen der durch dieselben bedingten Gefahren ist es deshalb geboten erschienen, sie hinsichtlich der Unfallversicherung den landwirthschaftlichen Betrieben gleich zu stellen.

* [An Zucker] wurde abgefertigt in der Zeit vom 1. August 1889 bis 15. März 1890 im ganzen deutschen Zollgebiet a) zur unmittelbaren Ausfuhr 298 853 417 Kilogr., b) zur Aufnahme in eine öffentliche bezw. Privatniederlage 243 671 441 Kilogramm, c) gegen Erstattung der Vergütung in den freien Verkehr zurückgebracht 25 978 445 Kilogramm.

Aus Barmen ist eine Deputation der ausständigen Riemendreher in Berlin eingetroffen, um den Versuch zu machen, beim Kaiser Gehör für ihre Wünsche und Beschwerden zu erlangen.

Schwerin i. Mecklenb., 20. März. Nach Meldungen aus Cannes ist das Befinden des Großherzogs in zunehmender Besserung begriffen.

Torgau, 20. März. Bei der Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Knauer-Gröbers (cons.) wurde Rittergutsbesitzer Stephann-Minkalskirchen (freicons.) gewählt.

Meiningen, 20. März. Bei der Reichstagswahl für den 1. hiesigen Wahlkreis an Stelle Baumbachs, welcher doppelt gewählt war und sein hiesiges Mandat nicht angenommen hatte, wurde nach dem nunmehr festgestellten Resultat Thomas (freis.) mit 9660 Stimmen gewählt; der Gegencandidat Seitz erhielt 6821 Stimmen.

England.

London, 20. März. Die „Times" äußert sich in Betrachtungen über den Rücktritt des Fürsten Bismarck dahin, daß der Zeitpunkt, in dem derselbe erfolge, besondere Bedenken nicht biete. Zu keiner Zeit sei der Friedensbund Deutschland, Oesterreich und Italien fester gewesen. Gegenwärtig scheine der Triumph der Friedenspolitik des Fürsten Bismarck gesichert. (W. T.)

Italien.

Rom, 20. März. Der Tiber ist im Steigen begriffen, die niedrigen Stadttheile sind in der Nacht überschwemmt worden. Das schlechte Wetter hält an.

Rußland.

Petersburg, 20. März. Die durch ein österreichisches Blatt verbreitete Nachricht über eine russische Truppen-Concentration an der afghanischen Grenze ist gänzlich unbegründet. (W. T.)

Afrika.

Pretoria, 20. März. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" ist der Präsident Krüger von einer Unterredung mit dem Gouverneur der Cap-Colonie zurückgekehrt. Er erhielt eine von zahlreichen Bürgern unterzeichnete Adresse, in welcher der allgemeinen Entrüstung über die neuliche Beschimpfung der Transvaalflagge in Johannisburg Ausdruck gegeben wird. Krüger theilte den Unterzeichnern der Adresse mit, es würde unrecht sein, alle Einwohner von Johannisburg für die Handlungen einiger Ruhestörer verantwortlich zu machen.

Am 22. März: S.-A. 6.1, U. 6.14. **Danzig, 21. März.** M.-A. 7.6. M.-U. b. Tage.

Wetteraussichten für Sonnabend, 22. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Bedeckt, trübe, vielfach neblig; Niederschläge. Kaum veränderte Wärmelage; heftige Winde in den Küstengebieten.

Für Sonntag, 23. März:

Veränderlich, wolkig, zum Theil bedeckt. Niederschläge; schwache bis mäßige kalte Winde. Kalte Nacht.

Für Montag, 24. März:

Theils heiter, theils neblig; veränderlich wolkig, zum Theil bedeckt, übrigens trocken. Wärmelage wenig verändert.

Für Dienstag, 25. März:

Wolkig, vielfach aufklärend; heiter. Nebel oder Dunst, sonst trocken. Wenig veränderte Temperatur. Schwache bis mäßige Luftbewegung. Nachtfröste in Süd und Ost.

Für Mittwoch, 26. März:

Theils bedeckt, Nebel; vielfach aufklärend. Etwas wärmer, auffrischende Winde. Nachtfröste in Süd und Ost.

* [Natural-Verpflegungsstationen.] Seitens der Regierung war bekanntlich auch für die Stadt Danzig die Errichtung von Arbeits- und Natural-Verpflegungsstationen angeregt und darauf durch Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine gemischte Commission zur Berathung dieser Angelegenheit eingesetzt worden. Dieselbe hat nunmehr über die Angelegenheit ein ausführliches Gutachten erstattet, welches zu dem Schluß kommt, daß derartige Anstalten wie überhaupt für große Städte, so auch für Danzig nicht von Segen seien. Auf Grund dieses Gutachtens hat der Magistrat seinerseits von weiterer Verfolgung der Angelegenheit Abstand zu nehmen beschlossen. Voraussichtlich wird die Stadtverordneten-Versammlung diesem Votum beitreten.

* [Von der Weichsel.] Aus Thorn meldet heute ein Telegramm von Vormittags 11 Uhr: Gestern erreichte hier die Weichsel mit 3.30 Meter ihren für die letzte Eisgangsperiode höchsten Wasserstand. Seitdem ist langsames Fallen eingetreten. Heute markirt der Pegel 3.26 Meter. Auf der Danziger Weichsel hat seit gestern wieder ein ziemlich lebhafter Schiffsverkehr begonnen. Von den früheren Strömungsgefahren ist diesmal nichts zu merken. Es haben daher auch die Fähren bereits wieder in Betrieb gesetzt werden können. Aus Warschau wird von heute Nachmittag 2½ Uhr telegraphirt: Wasserstand 2.54 Meter, fällt.

* [Versetzungsgerücht.] In der heutigen „Ostpreuß. Ztg." lesen wir unter den Königsberger Localnachrichten folgende Notiz: „Wir vernehmen, daß zum Nachfolger des Herrn Ober-Präsidial-Rath Tomaszewski, der, wie wir jüngst mittheilten, binnen kurzem nach Berlin berufen wird, Herr Ober-Regierungs-Rath Maubach in Aussicht genommen; als dessen Nachfolger bezeichnet man den Herrn Polizei-Präsidenten Heinsius von Danzig."

* [Inspection.] Behufs Inspicirung der hiesigen Escadrons des 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1 ist gestern Abend der Commandeur der Cavallerie-Division des 1. Armee-Corps, General-Lieutenant v. Rosenberg, aus Königsberg hier eingetroffen und im Hotel du Nord abgestiegen.

* [Mittelschullehrer.] Anläßlich des Berichtes über den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig wird uns aus betheiligten Kreisen die Mittheilung gemacht, daß an den hiesigen Mittelschulen neben den beiden Rectoren und 2 wissenschaftlichen Hilfslehrern noch 7 Lehrer wirken, die für Mittelschulen und höhere Mädchenschulen geprüft sind.

* [Diebstahl.] Der steckbrieflich verfolgte Sattlergeselle Paul Sch. trieb sich seit Monat November v. J. hier umher. Zehn von ihm begangene Diebstähle an Geld, Kleidungsstücken, Uhren etc. sind inzwischen ermittelt worden. Gestern wurde Sch. Abends 9 Uhr auf der Straße am Jakobsthor von mehreren Beamten der Criminalpolizei ermittelt und festgenommen.

* [Polizeibericht vom 21. März.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen Körperverletzung, 1 Sattler wegen Diebstahls, 1 Obdachlose, 2 Bettler, 1 Betrunkener, 3 Dirnen. — Gestohlen: 1 hellgrauer Regenmantel, 1 Waschkorb, zwei Mandel Eier, 1 Topf Preißelbeeren, 1 Winterüberzieher, 1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen, 1 weiße Decke. — Gefunden: 1 Granatarmband, gegen Fundgeld abzuholen von dem Arbeiter Franz Grunert, Poggenpfuhl 46, Thüre 13. — Verloren: 1 goldene Remontoir-Damenuhr mit 2 kurzen goldenen Ketten, 1 Portemonnaie mit 1 Zehnmarkstück, 1 Zweimarkstück, 1 Einmarkstück und 5 einzelnen Zehnpfennigstücken, abzugeben an die Polizei-Direction.

† Neustadt, 20. März. Der Kreistag des Kreises Neustadt ist auf den 1. April cr. zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht neben einigen Wahlen die Feststellung des Kreishaushalts-Etats pro 1890/91, der in Einnahme und Ausgabe auf 121 500 Mk. gegen 115 000 Mk. pro 1889 90 abschließt. Aus dem Ertrage der landwirthschaftlichen Zölle erhalten 30 000 Mk., gegen den vorigen Etat 14 600 Mk. mehr. Die Kreisabgaben haben sich um 6500 Mk. verringert. Der lang begehrte Neubau der Chaussee von Neustadt nach Kölln und der Zweiglinie Ostenkrug-Pomitschin scheint in nahe Aussicht zu treten, indem bereits 5100 Mk. zu den vorbereitenden technischen Vorarbeiten eingestellt sind.

Elbing, 20. März. In der gestern Abend im „Kaisergarten" abgehaltenen Versammlung der Strikenden der Neufeldt'schen Metallwaarenfabrik (Act.-Ges.) beschloß die Ordnung der Angelegenheit bezw. die Beilegung des Strikes der fünfgliedrigen Lohncommission anheimzugeben. Wie aus der Versammlung hervorging, bestand der erste Anlaß zu dem Strike in der Entlassung von 9 Arbeitern, welche die Fabrikordnung der Neufeldt'schen Fabrik in der Fachzeitung einer Kritik unterzogen. In der am Montag stattgefundenen Versammlung erklärten sich die Arbeiter mit den Entlassenen solidarisch und stellten infolge dessen die Direction vor die Alternative: entweder Wiederanstellung oder Niederlegung der Arbeit seitens sämmtlicher Klempner. Gleichzeitig wurde eine Lohnerhöhung um 25 Proc. gefordert. (E. Z.)

♂ Marienwerder, 20. März. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer heutigen Sitzung Beschluß zu fassen über die Unterbringung der Mannschaften der zum 1. April d. J. hierher verlegten Artillerie-Abtheilung. Es ist leider nur gelungen, für 95 Mann gegen den von der Militärverwaltung gewährten Servis freiwillige Quartiere zu beschaffen und es hat sich daher die Stadtvertretung entschließen müssen, für die Unterbringung der anderen Leute einige Opfer zu bringen. Die Abtheilung bleibt voraussichtlich vier Jahre hier; es wurde für nicht gut angänglich erachtet, die zur Uebernahme der Quartierleistung verpflichteten Hausbesitzer für einen so langen Zeitraum zu belasten, sondern es erschien angemessen, daß die Gesammtheit der Bürgerschaft in diesem Falle eintritt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß daher, in einem Falle zur Errichtung eines Massenquartiers einen städtischen Zuschuß zu bewilligen und die Errichtung eines zweiten Massenquartiers selbst vorzunehmen. Zum festlichen Empfange der Abtheilung wurde eine unseren Verhältnissen entsprechende Summe bewilligt. — Die hiesigen Zimmergesellen haben heute früh die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß ihnen bezüglich ihrer Forderungen Zugeständnisse gemacht worden sind. Die Gesellen hatten auf die Unterstützung des Centralverbandes gehofft, diese wurde ihnen aber den Statuten gemäß versagt, weil der hiesige Zweigverein noch nicht ein Jahr dem Hauptverbande angehört.

* Stolp, 20. März. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilte dieser Tage den Rittergutsbesitzer v. Zitzewitz-Kl. Gansen wegen Beleidigung der Kaiserin Friedrich zu drei Monaten Festungshaft. Herr v. Z. war mit dem Monteur einer Torfstechmaschinen-Fabrik im August 1888 über Feld gegangen, um eine Maschine bei der Arbeit zu besichtigen. Auf diesem Gange machte er zu dem ihm kaum bekannten Monteur seinem Groll gegen die Kaiserin Friedrich Luft. Der Monteur erzählte das Gespräch seinem Fabrikherrn, der es sofort zu Papier brachte und es später Herrn v. Z., als dieser die Annahme einer bestellten Maschine verweigerte, brieflich vorhielt. Herr v. Z. klagte nun gegen den Fabrikherrn auf Beleidigung, was diesen veranlaßte, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Die Folge war die Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen v. Zitzewitz und dessen Verurtheilung.

WT. Königsberg, 20. März. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths der ostpreußischen Südbahn wurde der Beschluß gefaßt, der Generalversammlung die Bilanz obiger Gesellschaft mit 5 Procent Dividende Prioritätsactien und 3 Proc. auf Stammactien vorzulegen.

Königsberg, 20. März. Der Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Krause siedelt — der „K. Hart. Z." zufolge — zum 1. April von hier nach Berlin zur Uebernahme eines Syndicats bei einem großen Berliner Bankgeschäft über.

Vermischte Nachrichten.

* [Ein bitterböser Druckfehlerteufel] ist dem „Berl. Fremdenbl." in seinen Bismarck-Leitartikel gefahren. „Nicht nur mit Dank — so heißt es da zum Schluß — sondern auch mit Bewunderung schauen sie alle zu ihm auf, und es ist ihr allseitiger Wunsch, daß er noch lange das wohlverdiente Odium (statt Otium) seines Lebens in ungetrübtem Seelenfrieden genießen möge." (Otium heißt Muße, Odium aber Haß.)

* [Ein Fund zur Giordano Bruno-Literatur,] ist jüngst in der Universitäts-Bibliothek zu Erlangen gemacht worden. Man hat dort, wie Prof. Stölzl in Würzburg mittheilt, Collegienhefte aufgefunden, welche Giordano Bruno als Hörer der Universität Wittenberg nachgeschrieben hat.

□ Ostrowo, 20. März. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilte heute den Rechtsanwalt und Notar Richard Beinert aus Kempen wegen mehrfacher Unterschlagungen und Betruges zu einer 5jährigen Gefängnißstrafe einschließlich der gegen B. im Oktober 1889 bereits zuerkannten 3½jährigen Gefängnißstrafe. Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre Gefängniß beantragt. Die in einem Falle mitangeklagten Kaufleute Paczna und Panachowicz wurden freigesprochen.

Würzburg, 20. März. Der Professor des Staatsrechts Geheimrath Josef v. Held ist gestern Abend gestorben. (W. T.)

Klausenburg, 20. März. Der Bankier Wahlkampf von Frankfurt a. M. ist heute der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Seine Familie befindet sich in Wien. (W. T.)

Paris, 20. März. Nach Berichten aus Montpellier stürzte daselbst der Divisionsgeneral Koch vom Pferde und blieb auf der Stelle todt.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Lemberg, 21 März. (Privattelegramm.) Die polnischen Zeitungen führen aus, für die Polen sei der Rücktritt Bismarcks, ihres erbitterten Feindes und Drängers, ein großer Trost; sie würden jetzt freier aufathmen in der Zuversicht, daß sich ihre Lage besonders in Preußen erheblich bessern werde.

Zuschriften an die Redaction.

Der Danziger Zweigverein „Frauenwohl".

Auf die unter dieser Ueberschrift in Nr. 18 190 der „Danziger Zeitung" erschienene Zuschrift aus Frauenkreisen erlauben wir uns einige Worte zu erwidern.

Das Interesse, welches sich in demselben für die Frauenfrage, insbesondere für den Verein „Frauenwohl" bekundet, ist sehr erfreulich und der Drang nach Bethätigung sehr erwünscht.

Der Verfasserin des Artikels ist die Constituirung eines Zweigvereins hier nicht schnell genug zu Stande gekommen, und dann erscheint ihr „die Einrichtung desselben, seine Pläne und Zwecke zu sehr in Dunkel gehüllt".

Da nun der Aufruf „an die Frauen Danzigs" auf das mögliche Erscheinen der Frau Schulrath Cauer hinwies, die in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Vereins „Frauenwohl" den Danziger Frauen erst ein klares Bild von den Zwecken und Zielen desselben entwerfen würde, so war von vorne herein ein Abwarten geboten. Ferner wird die Verfasserin des erwähnten Artikels es wohl billigen, wenn man vorsichtig das Fundament zu einem Bau zu legen versucht, der lange Zeit bestehen soll. Oft ist ein ganzes Gebäude zusammengebrochen, da es zu eilfertig aufgebaut wurde. Die Zeit von 4—5 Wochen ist eine nicht zu lange für die Vorbereitungen zur Constituirung eines Vereins, wenn man bedenkt, wie schwer es ist, tüchtige Frauen zu finden, die Helferinnen sein wollen.

Das „Dunkel" wird gegen Ostern gelichtet werden, zu welcher Zeit Frau Cauer in Danzig eintreffen und die Sache in Gang bringen wird. Bis dahin haben die wenigen Frauen, die vom Berliner Verein dazu aufgefordert wurden, im Stillen die Vorbereitungen getroffen. Zuerst mußte die Anregung gegeben, das Interesse für die Sache erweckt werden durch die Presse, dann an der Zahl der Unterschriften erkannt werden, ob Theilnahme sich findet.

Es ist wirklich nur „Sage", daß jemals bestimmt worden wäre, daß der Zweigverein nur dann gegründet werden sollte, wenn eine festgesetzte Anzahl Mitglieder vorhanden wäre.

Allerdings hängt es von der Betheiligung der Danziger ab, ob die Mittel aufzutreiben sein werden, um die bereits geplanten Einrichtungen in Danzig schaffen zu können.

Die noch mangelnde Gewißheit — obgleich wir die Hoffnung auf genügende Theilnahme nicht aufgeben — veranlaßte den Passus in der „Danz. Ztg." Nr. 18124, daß, so lange ein Zweigverein noch nicht zu Stande gekommen wäre, die Mitgliedskarten und Berichte vom Berliner Verein gesendet würden.

Die Verfasserin des Artikels in Nr. 18190 gedulde sich freundlichst noch zwei Wochen*) und die gewünschten Aufklärungen werden erfolgen in den Versammlungen, die stattfinden und öffentlich angezeigt werden. S.

*) Da wegen Raummangels die Veröffentlichung der obigen Zuschrift sich etwas verzögert hat, sind diese „zwei Wochen" allerdings mittlerweile auf eine reducirt. D. R.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. März.

		Crs. v. 20.			Crs. v. 20.
Weizen, gelb			2. Orient-Anl.	68,10	68,20
April-Mai .	193,50	195,00	4% russ. Anl. 80	93 30	93,30
Juni-Juli . . .	194,50	195,00	Lombarden .	53,40	53,50
Roggen			Franzosen . .	93,70	94,00
April-Mai .	171,00	171,70	Cred.-Actien	169,50	169,40
Juni-Juli . . .	166,70	167,70	Disc. Comm.	231,10	231,10
Petroleum pr.			Deutsche Bk.	168,00	167,90
200 Pfd			Laurahütte .	149,50	149,00
loco	23,80	24 00	Oestr. Noten	170,65	171,10
Rüböl			Russ. Noten	220,50	221,25
April-Mai . .	67,60	68,70	Warsch. kurz	219,80	220,25
Sept.-Oktbr.	56,50	57,40	London kurz	—	20,35
Spiritus			London lang	—	20,235
April-Mai .	34,10	34,20	Russische 5%		
August-Sept.	35,50	35,60	SW.-B. g. A.	72,70	72,25
4% Reichsanl.	106,70	106,10	Danz Privat-		
3½% do.	101,30	100,90	bank. . . .	—	138 50
4% Consols .	105,80	105,70	D. Oelmühle	141,50	140,50
3½% do.	101,50	100 90	do. Priorit.	126 50	128,00
3½% westpr.			MlawkaSt-P	110,10	109,60
Pfandbr. . .	99,40	98,90	do. St-A	59,10	59,40
do. neue . . .	99,40	98,90	Ostpr. Südb.		
3% ital. g. Prio.	57,00	56,90	Stamm-A.	89,60	90,00
5% Rum. G.-R.	97,30	97,10	Danz. St.-Anl.	—	—
Ung. 4% Gldr.	86,30	86,70	Türk. 5% A.-G.	85,00	85,00

Fondsbörse: fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 21. März

Weizen loco still, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	128—136 Pfd	148—190 M Br.	
hochbunt	128—134 Pfd	146—189 M Br.	137 bis
hellbunt	128—134 Pfd	140—188 M Br.	186 M
bunt	126—132 Pfd	129—186 M Br.	bez.
roth	128—135 Pfd	129—188 M Br.	
ordinär	120—130 Pfd	119—179 M Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 126 Pfd 138 M, zum freien Verkehr 128 Pfd 183 M

Auf Lieferung 128 Pfd bunt per April-Mai zum freien Verkehr 185 M Br., 184 Gd., transit 138 M bez., per Mai-Juni transit 138½ M bez., per Juni-Juli transit 139½ M Br., 139 M bez., per Sept.-Okt. 136½ M Br., 136 M Gd.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kgr. grobkörnig per 120 Pfd inländ. 157—161 M, transit 108 M

Regulirungspreis 120 Pfd lieferbar inländischer 160 M, unterpoln. 110 M transit 108 M

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 158 M bez., do. transit 108½ M bez., per Mai-Juni inländ. 159 M bez., per Juni-Juli inländ. 159½ M Br., 159 M Gd., transit 110½ M Br., 110 M Gd., per Sept.-Oktbr. inländ. 142 M bez., do. transit 100 M bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. russ. 98 Pfd 101 M

Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 104 M, roth 62—66 M

Kleie per 50 Kilogramm zum See-Export Weizen-4,35—4,62½ M, Roggen- 4,70—4,80 M

Spiritus per 10 000 % Liter loco contingentirt 52½ M Gd., per März-April 52¾ M Gd., nicht contingentirt loco 32½ M Gd., per März-April 32¾ M Gd.

Rohzucker ruhig, Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,20-12,50 M Gd., Rendement 75° Transitpreis franco Neufahrwasser 9,45 M bez. per 50 Kilo incl. Sack.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 21. März.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Bezogen. — Wind: S.

Weizen. Inländischer in matter Tendenz und Preise schwach behauptet, transit ruhig, unverändert. Bezahlt wurde für inländ. bunt 123/4 Pfd 176 M, hellbunt etwas krank 128/9 Pfd 182 M, hellbunt 124 Pfd 179 M, hochbunt 124 Pfd 181 M, weiß 127 Pfd 183 M, 130 Pfd 186 M, Sommer- 110/11 Pfd 160 M, 121/2 Pfd 170 M, 124 Pfd 171 M, 128 Pfd 178 M, für poln. zum Transit bunt 126/7 Pfd und 127/8 Pfd 138 M, gutbunt 125/6 Pfd und 126 Pfd 137 M, hellbunt etwas krank 126 Pfd 137 M per Tonne. Termine: April-Mai zum freien Verkehr 185 M Br., 184 M Gd., transit 138 M bez., Mai-Juni transit 138½ M bez., Juni-Juli transit 139½ M Br., 139 M Gd., Septbr.-Oktober transit 136½ M Br., 136 M Gd. Regulirungspreis zum freien Verkehr 183 M, transit 138 M

Roggen matt und etwas billiger. Bezahlt ist inländ. 124 Pfd 161 M, 127 Pfd 157 M, russ. zum Transit 125/6 Pfd 108 M Alles per 120 Pfd per Tonne. Termine: April-Mai inländischer 158 M bez., transit 108½ M bez., Mai-Juni inländisch 159 M bez., Juni-Juli inländ. 159½ M Br., 159 M Gd., transit 110½ M Br., 110 M Gd., per Septbr. Oktr. inländ. 142 M bez., transit 100 M bez. Regulirungspreis inländisch 160 M, unterpolnisch 110 M, transit 108 M

Gerste ist nur gehandelt russische zum Transit 98 Pfd 101 M per To. — Hafer und Erbsen ohne Handel. — Kleesaaten weiß 52 M, roth 31, 33 M per 50 Kilo bez. — Weizenkleie zum Seeexport grobe 4,62½ M, mittel 4 60 M, feine 4.35 M per 50 Kilo geh. — Roggenkleie zum Seeexport 4,70, 4,80 M per 50 Kilo bez. — Spiritus contingentirter loco 52½ M Gd. März-April 52¾ M Gd., nicht contingentirter loco 32½ M Gd., März-April 32¾ M Gd.

Meteorologische Depesche vom 21. März.

Morgens 8 Uhr.

(Telegraphische Depesche der „Danz. Ztg.")

Stationen.	Bar. mm	Wind.		Wetter.	Tem. Cels.	
Mullaghmore . . .	750	SSW	2	halb bed.	4	
Aberdeen	748	OSO	3	bedeckt	5	
Christiansund . . .	755	O	2	Nebel	5	
Kopenhagen	754	O	4	Dunst	3	
Stockholm	761	O	2	bedeckt	2	
Haparanda	768	O	2	bedeckt	0	
Petersburg	766	O	1	Nebel	2	
Moskau	770	OSO	1	bedeckt	—3	
Cork, Queenstown	751	WSW	3	wolkig	8	
Cherbourg	754	SSW	3	halb bed.	8	
Helder	750	S	1	Nebel	5	
Sylt	750	ONO	4	Regen	5	
Hamburg	749	NNO	3	Regen	7	1)
Swinemünde	752	OSO	5	heiter	8	
Neufahrwasser . .	756	SO	2	bedeckt	4	
Memel	759	SO	3	bedeckt	3	
Paris	753	S	1	heiter	3	
Münster	751	WNW	2	bedeckt	4	
Karlsruhe	754	SW	3	Regen	5	
Wiesbaden	752	W	2	bedeckt	6	
München	754	W	4	bedeckt	3	2)
Chemnitz	751	SSW	3	Regen	4	
Berlin	749	SO	3	wolkig	9	3)
Wien	754	W	1	bedeckt	6	
Breslau	753	SO	2	wolkenlos	7	
Ile d'Aix	754	SO	4	bedeckt	5	
Nizza	753	ONO	4	heiter	6	
Triest	—	—	—	—	—	

1) Nachts Regen. 2) Nachts Regen. 3) Nachts Regen.

Uebersicht der Witterung.

Der Luftdruck ist über Europa ziemlich gleichmäßig vertheilt. Eine Depression liegt über dem nordwestlichen Deutschland, daselbst trübes, regnerisches Wetter verursachend. In Centraleuropa dauert das milde Wetter fort; in Süddeutschland sind erhebliche Regenmengen gefallen, in München 22 Mm.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

März.	Stde.	Barom. Stand mm	Thermom. Celsius.	Wind und Wetter.
20	4	756,1	+ 7,2	SSO. mäßig bedeckt.
21	8	755,7	+ 4,5	SSO. " "
21	12	754,9	+ 7,2	SO. " "

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.